von 50 Mark-Scheinen bei größeren Zahlungen eine überflüssige Mehrarbeit verursache.

—* Zur Anwendung des Pensionsergänzungsgesetzes vom 21. 12. 21 sind vom Reichsfinanzministerium unterm 17. 1. 21 Richtlinien ergangen, die es den zuständigen obersten Reichsbehörden ermöglichen, die Gebührnisse der zu ihrem Geschäftsbereiche gehörenden Pensionäre und Hinterbliebenen alsbald neu festzustellen oder zunächst im Wege weiterer Vorschußgewährung zu helfen. Hierdurch ist alles geschehen, was seitens des Reichsfinanzministeriums im Interesse einer baldigen Besserstellung der Pensionäre u. Hinterbliebenen geschehen konnte. Anfragen und Anträge in der Angelegenheit an das Reichsfinanzministerium zu richten, wie dies noch immer von Einzelpersonen und Verbänden geschieht, ist daher zwecklos. Solche Anfragen sollten grundsätzlich lediglich an die Behörde gerichtet werden, welche die Pensionierung ausgesprochen hat.

— Nichtverhängen der Schaufenster an Sonntagen. Die in Sachsen geltende Vorschrift, die Schaufenster an Sonn- und Festtagen zu verhängen, kann auf Antrag von den Gemeinden außer Kraft gesetzt werden. In einem derartigen Falle vermochte sich die Dresdner Handelskammer für die beantragte Befreiungsmaßnahme auszusprechen. Das Offenhalten der Schaufenster beeinträchtige die Sonntagsruhe nicht, erspare aber den Ladeninhabern Arbeit und Schädigung, die mit dem Anbringen und dem etwaigen Diebstahl der Vorhänge verbunden seien. Schließlich könne die Sichtbarkeit der Auslagen dem Straßenbild nur zustatten kommen, und manchen Bewohnern, die sonst an deren Besichtigung als Auswärtige oder infolge ihrer wochentägigen Beschäftigung nicht kommen, dazu dienen, sich diese Dinge in Ruhe zu beschauen und sich über deren Anschaffung an einem späteren Tage schlüssig machen.

—* Beihilfe für den Elster—Saale-Kanalbau. Im sächsischen Nachtragsetat 1920 werden für die Vorarbeiten des Elster—Saale-Kanalbaues, der bekanntlich in das Reichswasserstraßennetz aufgenommen worden ist, 2 Millionen Mark gefordert werden. Es werden vom Reiche 109 Millionen Mark als Garantie für den Bau von den beteiligten Staaten gefordert. Die Gesamtkosten jedoch werden wesentlich höher sein.

—* Ueberfüllung des Richterberufes. Die Leipziger akademischen Nachrichten berichten über das Ergebnis einer Rundfrage an die Justizministerien der Bundesstaaten. Nach den vorliegenden Antworten haben vier Bundesstaaten, nämlich Baden, Bayern, Hessen und Preußen die Frage nach der Ueberfüllung des Richterberufes bejaht und warnen vor der Ergreifung dieses Berufs. In den übrigen Bundesstaaten liegen augenblicklich die Verhältnisse nicht so ungünstig.

—* Reichsnotopfer. Anträge auf Verwendung von Schuldbuchforderungen zur Entrichtung des Reichsnotopfers gehen noch immer so zahlreich ein, daß sich ihre Bearbeitung noch monatelang hinziehen wird. Die Antragsteller werden daher vielfach längere Zeit warten müssen, bis sie Nachricht erhalten. Bestätigungen über den Eingang der Anträge vermag die Reichsschuldenverwaltung nur zu erteilen, wenn sie bei Einreichung der Anträge verlangt und eine mit Adresse versehene, freigemachte Postkarte beigefügt wird. Die Finanzämter, die auf Einreichung der Annahmebescheinigungen drängen, werden zweckmäßig hierauf hinzuweisen sein.

— Gefälschte Fünfzigmarkscheine. Von den jetzt zur Ausgabe gelangenden Reichsbanknoten zu 50 ℳ mit dem Ausgabedatum des 23. Juli 1920 (grüne Kupferdrucknote, kenntlich an dem Brustbild der sonnigen Mädchengestalt auf der Vorderseite und den Bildern eines Mähers und eines Werkarbeiters auf der Rückseite) treten neuerdings sehr ungeschickte und darum sofort jedermann auffällige Nachbildungen auf. Abgesehen von der schlechten zeichnerischen und äußerst mangelhaften Druck-Ausführung, die namentlich in der Schattengebung der Charakterköpfe auffällig wirkt, fehlen der Fälschung die Hauptkennzeichen echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Vorderseite, der beim Falschstück durch wenige braune Striche vorgetäuscht ist. Nur die zurzeit noch geringe Kenntnis des Publikums von der Beschaffenheit der neu verausgabten Note mag den Fälscher zur Ausgabe seiner überaus schlechten Falschstücke, die selbst bei geringer Aufmerksamkeit als solche nicht übersehen werden können, ermuntert haben. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annahme dieser Fälschungen und empfiehlt dem Publikum erneut — als Selbsthilfe gegen Annahme von Falschstücken — sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

* Merzdorf. Bei der am vorigen Sonntag stattgefundenen Urabstimmung über die Verschmelzung mit Gröba waren 470 Personen stimmberechtigt. Abgegeben wurden 388 Stimmen, und zwar für die Verschmelzung 35 Stimmen, dagegen 343 Stimmen. 10 Stimmen waren ungültig. Die Abstimmung war aus der Einwohnerschaft heraus in die Wege geleitet worden.

X Dresden. Die Stadtverordneten nahmen gestern mit großer Stimmenmehrheit den Antrag Bösenberg an, wonach der Rat ersucht werden soll, durch Erlaß eines Ortsgesetzes das Offenhalten der Schaufenster an Sonntagen zu gestatten.

)(Dresden. Die Leitung des Landesverbandes Sachsen im Deutschen Gewerkschaftsbunde, dem u. a. die christlichen Gewerkschaften, der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verband der weiblichen Büro- und Handelsangestellten, der Deutsche Bankbeamtenverein und der sächsische Eisenbahnerverband angehören, befaßte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Pariser Beschlüssen der Entente u. nahm nachstehende Entschließung an: Die christlichnationale Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft, vereinigt im Deutschen Gewerkschaftsbunde, wendet sich mit Entrüstung gegen die neuerlichen unmenschlichen Beschlüsse der Siegerstaaten. Die Verwirklichung der aufgestellten Pläne ist für Deutschland eine Unmöglichkeit. Besonders die angekündigte 12½ prozentige Abgabe auf die deutsche Ausfuhr kommt in Hinsicht auf unsere heimische Wirtschaft einer tödlich wirkenden Fessel gleich. In erster Linie würde Deutschlands erwerbstätige Bevölkerung, die in den schweren Ereignissen der letzten sechs Jahre unerhörte Belastungsproben zu bestehen hatte, in Ausführung der Pariser Beschlüsse heruntersinken in Schmach und Knechtschaft. Generationen hindurch würde sie mit dem ganzen Volke versklavt werden im Dienste übermütiger Sieger. Das übertrifft noch alle jene Erniedrigungen, die wir im Verfolg des Versailler Friedensvertrages bisher gezwungen worden sind, auf uns zu nehmen. Wir empfinden dieses Pariser Produkt als einen Ausfluß teuflischer Gesinnung, darauf berechnet, Deutschlands Volk und Wirtschaft zu verderben. Gegen solcher Art Pläne muß sich das gesamte deutsche Volk einmütig erheben. Wir fordern alle Standes- und Volksgenossen — Männer und Frauen — auf, den furchtbaren Ernst der Lage recht zu würdigen, durch eingehende Beschäftigung mit dem Versailler Friedensvertrage und dessen Kenntnis den Vernichtungswillen der Entente gegenüber allem deutschen Leben zu erkennen und die Regierung in der Abwehr dieser unerträglichen Machtsprüche mit allen Kräften zu unterstützen.

Bischofswerda. Vollständig eingeäschert wurde von einem Schadenfeuer das Wohnhaus des Fahrradhändlers Marschner in Großdrebnitz, während dieser mit seiner [illegible] weilte. Auch ein Teil des Mobiliars ist den Flammen zum Opfer gefallen. Man vermutet Brandstiftung.

* Sebnitz. Der Streik in der hiesigen Papierfabrik A.-G., wo seit dem 27. Januar 1921 300 Arbeiter gestreikt hatten, ist am Mittwoch, den 9. Februar durch Vermittlung des Regierungskommissars Hanke beigelegt worden. Durch die Länge des Streikes sind der Fabrik große Aufträge verloren gegangen. Auch ist ein erheblicher Nachteil für die Streikenden entstanden. Die Firma kann erst nach und nach die Arbeiter wieder einstellen. — Trotz der schlimmen Folgen, die dieser Streik gezeitigt hat, und trotz des vermittelnden Eingreifens der Gewerkschaften versuchten die Führer der Allgemeinen Arbeiterunion, die in der Papierfabrik beschäftigten Arbeiter zur Fortsetzung des Streikes zu bewegen. Dies hätte zur Folge gehabt, daß durch die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage der größte Teil der Arbeiter auf lange Zeit erwerbslos geworden wäre.

Crottendorf. Die Lage im Streik der Metallarbeiter im Obererzgebirge hat sich in den letzten Tagen verschärft. Die Haltung der Streikenden ist in verschiedenen Orten sehr erregt. Den Beamten wird der Zutritt zu den Betrieben verweigert, und durch Demonstrationen wird versucht, einen Druck auf Behörden und Unternehmer auszuüben. In Crottendorf wurden die Bahnbeamten gezwungen, die Waren der bestreikten Firmen nicht zu befördern und das Abladen von Kohlen für diese einzustellen. Erst durch die Vermittlung der Behörden konnte diesen Zuständen ein Ende gemacht werden, nachdem die Firmen sich bereit erklärt haben, zu den angeführten Arbeiten Streikende gegen Bezahlung der durch Schiedsspruch zuerkannten Löhne heranzuziehen.

* Bärenburg. Unbekannte Einbrecher haben in der Zeit von Weihnachten bis Anfang Februar ein Landhaus erbrochen und regelrecht ausgeräumt und Beute aller Art im Werte von 40000 Mark gemacht. Gestohlen wurden Herren- und Damenkleidungsstücke, Wäsche aller Art, die letztere gezeichnet teilweise „M. R.", ferner Schuhwerk, in größeren Posten Lebensmittel und Konserven, Weine und Liköre, mehrere Töpfe eingelegte Eier, sowie Rauchmaterialien und sonstige Genußmittel. Das Landhaus gehört einer Dresdner bekannten Persönlichkeit.

* Glauchau. Wie aus Glauchau gemeldet wird, wurden in der letzten Sitzung der Stadtverordneten 50000 Mk. für bauliche Instandsetzung von Zwangswohnungen bewilligt.

Chemnitz. Die Kommunisten Gareis, Köhler und Leibinger sind verhaftet und an die Staatsanwaltschaft eingeliefert worden. Sie waren beteiligt an den Vorgängen während der letzten Arbeitslosendemonstration. Bekanntlich ist dabei gegen Beamte des städtischen Arbeitsamts, gegen deren Amtsführung die Arbeitslosen Einwendungen erhoben haben, gewaltsam vorgegangen worden.

Siegmar bei Chemnitz. Als der Tischlermeister Ihle an seiner Hobelmaschine arbeitete, sprang ein Stück Holz ab und drang ihm mit großer Wucht in den Unterleib. Er wurde in das Bezirkskrankenhaus Rabenstein übergeführt, wo er trotz sofortiger Vornahme einer Operation verstarb.

Oberwiesenthal. Kürzlich kam ein Herr in ein Weinrestaurant, der eine größere Zeche machte. Er hatte sich bis nachts 12 Uhr alles Genossene angemerkt. Gegen Morgen, nachdem die Zeche einige „Blauflügel" ausmachte, meldete er der Bedienung, daß er „zahlen" wollte. Die Bedienung gab den Gesamtbetrag an. Aber der Herr war anderer Ansicht. Er sagte: Bis 12 Uhr nachts habe ich das und das und überreichte 100 Mark mit dem Bemerken, daß dies der Betrag sei. Für die Zeche nach 12 Uhr (Polizeistunde) bezahle er nichts, weil der Wirt doch nicht mehr einschenken dürfe und ihn auffordern mußte, das Lokal zu verlassen. Der Wirt wollte damit zwar nicht zufrieden sein, aber da er niemand fand, der ihm geholfen hätte, den limitierten Vogel zur Zahlung der Mehrforderung zu veranlassen, mußte er sich schließlich doch als den Geprellten betrachten.

* Plauen i. V. In der Rangmühle in Kleinfriesen, die vor einiger Zeit schon einmal wegen Verstoßes gegen die Mahlvorschriften für längere Dauer geschlossen worden war, sind durch eine neuerliche Revision wieder über 200 Zentner Getreide beschlagnahmt und nach Plauen geschafft worden.

Leipzig. Ein goldenes Kruzifix im Werte von 24000 Gulden hat die holländische Polizei einem 20 Jahre alten deutschen Tagelöhner Gustav Droste abgenommen. Droste war mit dem Kruzifix über die Grenze gekommen, und er versuchte es in Holland für 2500 Gulden zu verkaufen. Hierbei wurde er angehalten und der Polizei übergeben. Das Kruzifix stammt ohne Zweifel aus irgendeinem Kirchenraub. Man vermutet, daß es einem Mitgliede der Hölzschen Bande bei deren Raubzügen in Sachsen in die Hände gefallen ist. Die holländische Polizei stellte das wertvolle Stück sicher und behielt Droste in Haft; sie wandte sich jetzt an die hiesige Kriminalpolizei, um die Angelegenheit weiter aufzuklären und den Eigentümer zu ermitteln. Das Kruzifix ist 87,5 cm. hoch. Der Fuß hat einen Durchmesser von 15,5 cm. Im Fuß befindet sich ein Uhrwerk, das eine Stundenzeigerscheibe in Umdrehung setzt. Ein Bild liegt bei der Leipziger Kriminalpolizei, Zimmer 108, zur Ansicht aus.

* Leipzig. Die Leipziger Polizei verhaftete den ehemaligen Matrosen Otto Franz, der Anführer einer Räuberbande war, welche besonders die weitere Umgebung Leipzigs in Schrecken setzte. Mit ihm wurden 5 seiner Komplizen festgenommen. Franz war während der Revolutionstage Führer der sogenannten Matrosensicherheitskompanie und unter dem Namen Matrosenfranz eine allgemein bekannte Persönlichkeit.

* * *

Gotha. In der jüngsten Stadtverordnetensitzung gab der Oberbürgermeister bekannt, zu welchen Ergebnissen die Steuerausschüsse bei der Suche nach neuen Steuern gekommen sind. Die Besteuerung der Hausangestellten wurde abgelehnt. Die Vorlage betreffend Wohnungsluxussteuer ist zurückgezogen, wird aber wieder vorgelegt werden. Von einer Fremdensteuer sei abzusehen. Eine Fenstersteuer sei unsozial. Von der Besteuerung des Wasserklosetts wurde Abstand genommen. Für eine Klaviersteuer war der Stadtrat nicht zu haben. Luxuspferde sind hier kaum noch vorhanden. Gegen die Katzensteuer sprechen mannigfache Gründe. Eine Geflügelsteuer wäre unsozial. Der Stadtrat hat seinen Erfindungsgeist angestrengt ohne besonderen Erfolg.

Schweres Eisenbahnunglück in Leipzig.

Der von Dresden kommende Personenzug 472, der um 1 Uhr in Leipzig eintrifft, fuhr bei der Einfahrt in den Leipziger Hauptbahnhof aus noch unaufgeklärter Ursache (wahrscheinlich infolge Versagens der Luftdruckbremse) mit solcher Gewalt auf den Prellbock auf, daß die hinter den Post- und Gepäckwagen laufenden Personenwagen zum Teil in- und übereinander geschoben wurden. Nach den bisherigen Feststellungen sind bei dem Unglück eine Frau getötet, eine große Anzahl von Reisenden mehr oder weniger schwer verletzt worden. Die schwer Verwundeten wurden mittels Kraftwagen ins Krankenhaus geschafft. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollem Gange.

In einer amtlichen Mitteilung der Generaldirektion hierzu heißt es: Aus noch unaufgeklärter Ursache fuhr der Personenzug 472 auf den am Ende des Einfahrtsgleises befindlichen Bremsschienen heftig auf, wobei die beiden Zuglokomotiven und der Packmeisterwagen beschädigt sowie zwei Wagen vierter Klasse ineinander geschoben wurden. Von den in den Wagen befindlichen Reisenden wurden eine Frau getötet, 12 Personen schwer und etwa 20 leicht verletzt. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle, da sich im Leipziger Hauptbahnhofe eine Wache der Leipziger Rettungsgesellschaft befindet. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Ein Mitfahrer des auf so seltsame Weise mitten in der Halle des Leipziger Hauptbahnhofs verunglückten Zuges gibt den „Leipz. N. Nachr." die folgende Schilderung:

„Der von Dresden nach Leipzig fahrende Personenzug war schon in Riesa stark überfüllt, namentlich waren die beiden an erster Stelle nach dem Packmeisterwagen eingesetzten Personenwagen vierter Klasse voll besetzt, so daß ich mir in einem Wagen am Ende des Zuges Platz suchen mußte. Die Fahrt von Riesa nach Leipzig verlief ohne besondere Zwischenfälle, nur stellten die Fahrgäste in unserem Abteil schon bald nach der Weiterfahrt eine kleine Verspätung fest, die sich zunächst noch etwas vergrößerte. Als wir uns Leipzig näherten, schien der Zug schneller zu fahren, als auf der freien Strecke, und als wir in die Gegend des Hauptbahnhofes kamen, nahm die Geschwindigkeit noch zu. Ein Reisender sagte: „Na, der hat es aber eilig!", denn auch bei der Einfahrt in die Halle merkten wir kein Nachlassen des Fahrtempos. Ich war gerade mit dem Herabnehmen des Gepäcks beschäftigt, als plötzlich mit ziemlichem Ruck der Zug stillstand, und mit einem Male wieder zurückgedrückt wurde. Wir wurden durcheinandergeworfen und eine Frau durch einen auf sie fallenden Koffer verletzt. Ich riß sofort die Tür auf, da hörte ich schon entsetzte Rufe: Die Lokomotiven haben den Prellbock überfahren, im ersten Wagen sind mehrere Tote. Als meine Mitreisenden nach vorn eilten, fanden wir ein wüstes Durcheinander vor, zum Glück stellte es sich heraus, daß in diesem Wagen nur eine Frau getötet war, während mehrere andere Passagiere zum Teil allerdings recht schwere Verletzungen erlitten hatten. Hilfe durch die Sanitätswachen des Hauptbahnhofes und später durch Feuerwehrleute war erfreulicherweise sehr schnell zur Stelle, auch von einigen Eisenbahnern und Mitreisenden wurde eifrigst mit Hand angelegt, um in dem einen, etwas hochgedrückten Wagen die eingesperrten Reisenden, die laute Schmerzensschreie ertönen ließen und um Hilfe riefen, zu befreien. Einige der Passagiere mußten durch die Fenster herausgehoben werden. Die Erregung der Menge, die in dichten Scharen die Ankunft des Zuges vor den Schaltern erwartete und im Augenblick der Einfahrt Zeuge des Unfalls wurde, war sehr groß.

Zusammen mit einem anderen Reisenden aus Dresden stellte ich sofort fest, daß, wie deutlich erkennbar war, die Schienen in der Einfahrt des Hauptbahnhofes sehr vereist waren. So wird es vielleicht erklärlich, daß der schnell einfahrende Zug nicht rechtzeitig gebremst werden konnte."

Die bei dem Eisenbahnunfall tödlich verunglückte Frau ist die Gattin eines Ingenieurs Mäder aus Wurzen. Leider befindet sich unter den Schwerverletzten auch ein Riesaer, und zwar Herr Postsekretär Biehweg, der eine Brustquetschung erlitten hat. Herr Geschirrführer Häppner aus Strehla trug einen Knöchelbruch davon.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Februar 1921.

Meldungen aus Berliner Morgenblättern.

X Berlin. Im „Berl. Tageb." rechnet Professor Schücking aus, daß bei Zahlung von jährlich 6 Milliarden Goldmark an die Entente auf den Kopf der deutschen Bevölkerung 100 Goldmark kommen. Eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen würde dadurch jährlich mit 500 Goldmark belastet sein. Das würde nach dem gegenwärtigen Stande der Valuta etwa 6000 Mark bedeuten. Diese Steuer wäre also von einem Arbeiter zu entrichten, der gegenwärtig in der Industrie bestenfalls etwa 15000 Mark Lohn bekommt. Die ungeheure Abgabe könnte von den reichen Schichten des Volks nicht vorzugsweise getragen werden, da es infolge der hohen Steuern in Deutschland in zehn Jahren große Vermögen kaum noch geben werde.

Die U. S. P. in Bayern hat einen Aufruf erlassen, in dem sie den schärfsten Kampf gegen die bayerische Regierung ansagt und zum Zusammenschluß mit der arbeitenden Bevölkerung ganz Deutschlands auffordert, um es der bayerischen Regierung unmöglich zu machen, die in der jetzigen Lage allein mögliche Reichspolitik zu durchkreuzen.

In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft erklärte der Präsident, der Senat habe angeordnet, die im Gewahrsam der Stadtwehr befindlichen Waffen bis Ende d. M. abzuliefern. Weiter hat der Senat zu Ende d. M. die Einziehung der einzigen noch bestehenden Stadtwehrwache verfügt und wird die Angehörigen der Stadtwehr zu demselben Zeitpunkt entlassen.

Von der Grenzbehörde wurden in der Nähe von Anholt Diebe in einem Personenautomobil mit Waren und 150000 Mark Bargeld angehalten und der Inhalt des Kraftwagens beschlagnahmt. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um den Transport einer großen Geldschiebergesellschaft, die von Frankfurt a. M. aus bereits große Geldbeträge nach Holland verschoben hat.

Der kommunistische Kampfplan für Berlin.

* Berlin. Die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe die Pläne zu einer kommunistischen Umsturzaktion für Großberlin. Danach sollen vom 1. März ab alle Vorbereitungen für die Durchführung vollendet und die deutschen Kommunisten nur noch des Winkes von Moskau her gewärtig sein. Der Plan sieht eine Zernierung Großberlins vor, indem aus einem gewissen Umkreis bewaffnete Arbeiter nach Berlin hineinmarschieren, während in weiterer Entfernung von der Stadt ein Verteidigungsgürtel geschaffen wird. Weiter werden Einzelheiten über die Gliederung der Truppen und über den Verlauf der Aktion mitgeteilt, für den die Erfahrungen des Ruhraufstandes verwendet werden sollen. Gleichzeitig mit diesem Plan veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung" mehrere Karten in Faksimile und bemerkt, daß die Veröffentlichung geschehen sei, um die preußische Regierung unter den starken Druck der Oeffentlichkeit zu setzen und sie zu einer klaren Stellungnahme gegenüber den kommunistischen Umtrieben zu veranlassen.

Vom 15 er Ausschuß.

* Berlin. Minister Simons hat gestern den Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Direktor Hans Crämer, den Vorsitz in dem deutschen Fünfzehner-Ausschuß zur Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge in der Reparationsfrage zu übernehmen. Die Ernennung Crämers zum Leiter dieses wichtigen Ausschusses deutet darauf hin, daß die Reichsregierung eine möglichst enge Verbindung dieser Kommission mit dem Reichswirtschaftsrat für erwünscht hält. Wie der Lok.-Anz. weiter erfährt, ist das Plenum des Reichswirtschaftsrates auf den 23. d. M. einberufen.

Verurteilter Rädelsführer.

)(Frankfurt. Das Schwurgericht beschäftigte sich gestern mit der Demonstration vor dem [illegible]